

Dringlichkeitsantrag 1

zum Plenum als Nr. 1

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Ministerpräsident Söder in China: Maß und Mitte statt kritiklosen Applauses für den Diktator

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag

- betont, dass die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den aktuellen politischen Konsultationen Bayerns zu China eine zentrale Rolle spielen muss;
- stellt fest,
- dass sich die Menschenrechtslage in China seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping im März 2013 drastisch verschlechtert und die kommunistische Partei die illegale Massenüberwachung und -kontrolle der Bürgerschaft ausgeweitet hat;
- dass China die Uiguren und andere ethnische Minderheiten sowie Menschenrechtsverteidiger, politisch engagierte Bürger, religiöse Gruppen, Journalisten und Demonstranten, die sich gegen Fälle von Ungerechtigkeit wenden, systematisch verfolgt und alle oppositionellen Stimmen immer stärker unterdrückt;
- dass die Volksrepublik China in den letzten Jahren zivilgesellschaftliche Gruppen zerschlagen und zahlreiche unabhängige Aktivisten inhaftiert hat;
- dass die staatlichen Stellen Chinas in den letzten Jahren die Zensur auch im Internet verschärft und eines der repressivsten Überwachungssysteme der Welt errichtet haben;
- dass Chinas Spionage, Cyberangriffe und tätliche Übergriffe bis hin zu im Ausland eingerichteten Polizeistationen in der EU reichen;
- dass China mehrfach angekündigt hat, seinen internationalen Einflussrahmen in imperialistischer Weise auszudehnen;
- dass Chinas Spionage- und Einflussagenda in Deutschland und Bayern laut Bayerischem Verfassungsschutz „neben wirtschafts- und infrastruktureller Ziele zunehmend auch

VorAn - Dokument - ID: 169286 eingereicht von Stapfer, Jacqueline am 20.03.2024 - 15:23

1

SPD

Status: eingereicht seit 20.03.2024 - 15:23

Ersterfasser: Dr. Vera Grötzinger-Kück

die Beschaffung kritischer politischer Informationen sowie die Beeinflussung von politischen Entscheidungen umfasst“;

- fordert MP Dr. Söder auf, die obigen Gesichtspunkte bei seiner politischen Reise in das kommunistische China zu berücksichtigen und im geeigneten Rahmen zur Sprache zu bringen.

Begründung:

Die China-Strategien der Bundesregierung sowie der Europäischen Union haben deutlich gemacht, dass eine Veränderung des politischen Umgangs mit China erforderlich ist. China nutzt sein wachsendes politisches, militärisches und wirtschaftliches Gewicht, um auf allen Kontinenten und in internationalen Organisationen seine Interessen zu verfolgen und die bestehende regelbasierte internationale Ordnung nach chinesischen Vorstellungen zu verändern. Verhalten und Entscheidungen Chinas führen dazu, dass Rivalität und Wettbewerb mit China in den vergangenen Jahren zugenommen haben, während das Prinzip der Partnerschaft vermehrt auf die Probe gestellt wird.